

Satzung der Bayerischen Tierseuchenkasse (Anstaltssatzung)

Vom 2. April 1996 (StAnz Nr. 15), zuletzt geändert
durch Satzung vom 17. Februar 2011 (StAnz Nr. 9)

Abschnitt I

Organisation und Aufgaben

§ 1

Rechtsform, Sitz und Aufgabe

(1) Die Bayerische Tierseuchenkasse ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in München.

(2) Die Anstalt hat die Aufgabe

1. die gesetzlich vorgeschriebene Entschädigung für Tierverluste festzusetzen sowie die Entschädigungen und freiwillige Leistungen im Auftrag des Staates aus-zuzahlen;
2. den Teil der Entschädigungen zu tragen, der nach dem Tierseuchenrecht nicht vom Staat zu tragen ist;
3. Maßnahmen zur planmäßigen Bekämpfung von übertragbaren Tierkrankheiten zu unterstützen;
4. Vorsorgemaßnahmen zur Gesunderhaltung von Tierbeständen zu unterstützen;
5. Beihilfen für Tierverluste zu gewähren;
6. die Höhe der Beiträge festzusetzen und zu erheben, die auf Grund des Tierseuchenrechts von den Tierbesitzern zu entrichten sind;
7. die gesetzlich vorgeschriebenen Ersatzleistungen nach dem Tierkörperbeseitigungsrecht festzusetzen und aus-zuzahlen.

§ 2

Organe und Aufsicht

(1) Organe der Anstalt sind

1. der Landesausschuss,
2. die Geschäftsführung

(2) Die Anstalt unterliegt der Aufsicht des Staatsministe-riums für Umwelt und Gesundheit.

§ 3

Satzungsrecht

(1) Die Anstalt regelt ihre Angelegenheiten durch Sat-zungen (Anstaltssatzung, Beitrags- und Leistungssatzung).

(2) Die Satzungen und deren Änderungen werden vom Landesausschuss beschlossen, von der Geschäftsführung ausgefertigt und im Bayerischen Staatsanzeiger veröffent-licht.

Abschnitt II

Landesausschuss

§ 4

Zusammensetzung und Berufung

(1) Der Landesausschuss besteht aus

1. sieben beitragspflichtigen Landwirten; nach Vorschlag des Bayerischen Bauernverbandes wird je ein Mitglied aus jedem Regierungsbezirk berufen,
2. einem Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Bau-ernverbandes nach dessen Vorschlag,

3. einer Person, die aus den Reihen des Hauptverban-des zur Förderung der tierischen Veredelungswirt-schaft in Bayern e. V. vorgeschlagen wird und diesen vertritt,
4. zwei Tierärzten nach Vorschlag der Bayerischen Lan-destierärztekammer; ein Tierarzt muss beamteter Tierarzt sein,
5. zwei vom Staatsministerium für Umwelt und Gesund-heit bestimmten, in der Bekämpfung von Tierseuchen erfahrenen Beamten,
6. einer Person, die das Staatsministerium für Ernäh-rung, Landwirtschaft und Forsten vertritt.

(2) Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu benennen.

(3) Die Berufung der Mitglieder und ihrer Stellvertreter erfolgt durch das Staatsministerium für Umwelt und Ge-sundheit.

§ 5

Amts-dauer und Aufwandsentschädigung

(1) Die Amts-dauer der Mitglieder und ihrer Stellvertreter (Mitglieder) beträgt drei Geschäftsjahre*; eine wiederholte Bestellung ist zulässig. Bis zur Bestellung der neuen Mit-glieder versehen die bisherigen Mitglieder die Geschäfte weiter.

(2) Verliert ein Mitglied die Eigenschaft, aufgrund derer es benannt wurde, kann der Vorschlagsberechtigte an dessen Stelle für die restliche Amts-dauer ein neues Mit-glied benennen.

(3) Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amts-dauer aus, ist für die restliche Amts-dauer ein neues Mitglied zu be-nennen.

(4) Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Für die Teil-nahme an Sitzungen erhalten sie und geladene Fachleute Ersatz ihrer Reisekosten sowie Tage- und Übernachtungs-gelder nach den vom Landesausschuss zu treffenden Bestimmungen. Das Gleiche gilt für Aufwendungen, wenn dieser Personenkreis anderweitig für Belange der Anstalt tätig wird.

§ 6

Vorsitzender

(1) Der Landesausschuss wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

(2) Der Geschäftsführer nimmt die Aufgabe des Vorsit-zenden wahr, bis die gewählten Mitglieder die Wahl zum Vorsitzenden und Stellvertreter angenommen haben.

(3) Der Vorsitzende beruft im Einvernehmen mit der Geschäftsführung die Sitzungen ein und leitet sie.

(4) Die Geschäftsführung unterrichtet den Vorsitzenden über alle wichtigen, die Anstalt betreffenden Angelegen-heiten.

* Ab 1. Januar 2014 beträgt die Amts-dauer vier Geschäftsjahre, vgl. §§ 1 Nr. 3, 2 Abs. 2 der Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Tierseuchenkasse (Anstaltssatzung) vom 17. Februar 2011, StAnz Nr.9

§ 7

Zuständigkeiten

- (1) Der Landesausschuss beschließt
1. über die Anstaltssatzung (§ 3)
 2. durch Satzung (§ 3) über die Höhe der Beiträge (§§ 12 Abs. 1 und 9, 20 Abs. 3)
 3. durch Satzung (§ 3) über die Leistungen der Anstalt, soweit sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind (§§ 16 – 18)
 4. über den Haushaltsplan (§ 20 Abs. 1)
 5. über die Entlastung der Geschäftsführung (§ 21 Abs. 3)
 6. über die Geschäftsordnung (§ 8 Abs. 4)
- (2) Der Landesausschuss
1. überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführung
 2. erteilt sein Einvernehmen zur Bestellung der Geschäftsführung durch das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.

§ 8

Geschäftsgang

(1) Der Landesausschuss beschließt regelmäßig aufgrund mündlicher Beratung. Ausnahmsweise kann der Vorsitzende in hierzu geeigneten Fällen in schriftlichem Umlaufverfahren abstimmen lassen. Auf Antrag von mindestens vier Mitgliedern ist jedoch eine mündliche Beratung und Abstimmung durchzuführen.

(2) Der Landesausschuss tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Außerdem ist er einzuberufen, wenn es mindestens vier Mitglieder beantragen.

(3) Zu den Sitzungen sind die Aufsichtsbehörde und das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einzuladen.

(4) Der Landesausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese regelt das Verfahren bei Sitzungen und Abstimmungen sowie bei der Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Abschnitt III Geschäftsführung

§ 9

Zusammensetzung und Aufgaben

(1) Die Geschäftsführung besteht aus dem Geschäftsführer und dem stellvertretenden Geschäftsführer.

(2) Die Geschäftsführung vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich und führt die laufenden Geschäfte. Sie vollzieht die Beschlüsse des Landesausschusses.

(3) Die Geschäftsführung ist für alle Angelegenheiten der Anstalt zuständig, die nach dem Gesetz über den Vollzug des Tierseuchenrechts nicht dem Landesausschuss zugewiesen sind.

Abschnitt IV Anstaltsmittel

§ 10

Einnahmen

Die Einnahmen der Anstalt bestehen aus den Beiträgen, die aufgrund des Tierseuchenrechts von den Tierhaltern zu entrichten sind (§ 11), den Leistungen des Staates (§ 13) und den Vermögenserträgen.

§ 11

Beitragspflicht

(1) Die Beitragspflicht beruht auf dem Tierseuchengesetz und den hierzu erlassenen landesrechtlichen Vorschriften. Die Beiträge sind nach Tierarten gesondert zu

erheben. Sie können nach der Größe der Bestände und unter Berücksichtigung der seuchenhygienischen Risiken, insbesondere aufgrund der Betriebsorganisation, sowie zusätzlich nach Alter, Gewicht oder Nutzungsart gestaffelt werden.

(2) Beitragspflichtig sind die Besitzer (Halter oder Händler) von Rindern einschließlich Wasserbüffeln, Wisenten und Bisons, Pferden, Schweinen, Schafen, Hühnern und Truthühnern, wobei die Tierzahlen am 1. Januar des Beitragsjahres (Stichtag) maßgebend sind. Nach dem Stichtag eintretende Bestandsveränderungen haben keinen Einfluss auf die Beitragspflicht.

(3) Sind in Betrieben mit Haltung von Hühnern oder Truthühnern am Stichtag die Stallungen nicht oder nur zum Teil belegt, ist für die Beitragspflicht der jährliche Durchschnittsbesatz (Gesamtzahl der im Vorjahr gehaltenen Tiere geteilt durch die Anzahl der Produktionsdurchgänge) an Hühnern oder Truthühnern maßgebend.

(4) Sind in Betrieben mit Haltung von Schweinen am Stichtag die Stallungen nicht oder mit weniger als 80 v. H. belegt, ist für die Beitragspflicht die Anzahl der in der Regel belegten Stallplätze (Regelbestand) maßgebend.

(5) Setzt sich ein Bestand aus Tieren verschiedener Eigentümer zusammen, wird der Beitrag vom Besitzer des Bestandes erhoben. Beitragszahlungen einzelner Eigentümer werden auf die Beitragsschuld angerechnet.

(6) Die Beitragspflicht entfällt

1. für Tiere, die dem Bund oder einem Land gehören,
2. für Schlachtvieh, das am Stichtag Viehhöfen, Schlachthöfen oder sonstigen Schlachtstätten zugeführt ist.

(7) Bestand am Stichtag aufgrund amtlich angeordneter Sperren eine erhebliche Überbelegung, kann die Anstalt auf Antrag den auf die Überbelegung entfallenden Anteil des Beitrags erstatten.

§ 12

Erhebung der Beiträge

(1) Die Anstalt erhebt die Beiträge nach Art. 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts und nach der vom Landesausschuss jährlich beschlossenen Beitragssatzung.

(2) Jeder Tierbesitzer (§ 11 Abs. 2) ist verpflichtet, der Anstalt bis zum 20. Januar des Beitragsjahres

- den am Stichtag vorhandenen Tierbestand
- in den Fällen des § 11 Abs. 3 und 4 den Durchschnittsbesatz an Hühnern oder Truthühnern oder den Regelbestand an Schweinen

zu melden. Die Meldung muss auf dem von der Anstalt ausgegebenen Meldebogen oder im von der Anstalt vorgegebenen passwortgeschützten elektronischen Meldeverfahren erfolgen.

(3) Erfolgt bis zu dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt keine Meldung, werden, ohne dass hierdurch die Meldepflicht entfällt, der Beitragserhebung 120 v. H. der Tierzahlen des vorangegangenen Beitragsjahres zugrunde gelegt. Bei wiederholter Nichtmeldung wird hierbei die bereits erhöhte Tierzahl des jeweils vorangegangenen Beitragsjahres zugrunde gelegt.

(4) Die Anstalt kann auf die nach Absatz 2 vorzunehmende Meldung der Tierzahlen für Tierarten, die in der HI-Tier-Datenbank gespeichert werden, verzichten und stattdessen die zum Stichtag dort gespeicherten Tierzahlen der Beitragserhebung zugrunde legen. Sie kann ferner für die Meldung der Tierzahlen elektronische Meldeverfahren vorsehen.

(5) Wird nachträglich festgestellt, dass der am Stichtag tatsächlich vorhandene Tierbestand größer war als ge-

meldet oder ein am Stichtag vorhandener Tierbestand nicht gemeldet wurde, werden die Beiträge nacherhoben. Art. 71 des Gesetzes zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und anderer Gesetze (BayRS 400-1-J) gilt entsprechend.

(6) In den Fällen der Absätze 3 und 5 bleiben die Leistungsausschlüsse gemäß § 69 Abs. 3 und 4 des Tierseuchengesetzes unberührt.

(7) Die Anstalt setzt die Beiträge durch Leistungsbescheid fest. Die Beiträge werden nach Ablauf von 20 Tagen seit dessen Bekanntgabe fällig.

(8) Werden nicht rechtzeitig entrichtete Beiträge angemahnt, kann eine Mahngebühr von 10 € erhoben werden. Für die Androhung der Zwangsvollstreckung kann eine Gebühr von 20 € erhoben werden.

(9) Reichen für eine Tierart die regelmäßigen Einnahmen (§ 10) und Rücklagen zur Deckung der Aufwendungen nicht aus, kann die Anstalt nach einer vom Landesausschuss zu beschließenden Sonderbeitragsatzung Beitragsnachsüsse erheben.

§ 13

Leistungen des Staates

Die Anstalt fordert die gesetzlich vorgeschriebenen Ersatzleistungen des Staates vierteljährlich und die freiwilligen Ersatzleistungen mindestens jährlich an.

Abschnitt V

Leistungen

§ 14

Verwendung der Mittel

(1) Die Anstaltsmittel dürfen nur zur Erfüllung der gesetzlichen und der satzungsmäßigen Aufgaben, zur Bestreitung der notwendigen Verwaltungskosten und zur Bildung angemessener Rücklagen verwendet werden.

(2) Das Beitragsaufkommen aus einer Tierart darf grundsätzlich für andere Tierarten nicht verwendet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die Verwendung unmittelbar der Tierseuchenbekämpfung bei der Tierart dient, von der das Aufkommen stammt.

(3) Die freiwilligen Ersatzleistungen des Staates sind zweckgebunden zu verwenden.

§ 15

Gesetzliche Leistungen

(1) Die Anstalt setzt die Entschädigungen für Tierverluste gemäß §§ 66 ff des Tierseuchengesetzes und die Vergütungen für die bestellten Schätzer fest und zahlt sie aus.

(2) Die Anstalt ersetzt dem Beseitigungspflichtigen aufgrund des Tierkörperbeseitigungsrechts zwei Drittel des aus der Verwertung der Tierkörper nicht gedeckten Aufwandes.

(3) Die Anstalt trägt den Teil der gesetzlichen Leistungen, der nach dem Tierseuchenrecht und dem Tierkörperbeseitigungsrecht nicht vom Staat zu tragen ist.

§ 16

Beihilfen

(1) Die Anstalt leistet in dem vom Landesausschuss beschlossenen Umfang Beihilfen für Tierverluste, die durch Seuchen, seuchenartige Erkrankungen und infolge von Maßnahmen zu deren Bekämpfung entstehen.

(2) Die Anstalt setzt die Beihilfen auf Antrag fest. Die §§ 72, 72 a und 72 b des Tierseuchengesetzes gelten entsprechend.

§ 17

Seuchenbekämpfungsmaßnahmen

Die Anstalt übernimmt in dem vom Landesausschuss beschlossenen Umfang Kosten bei Maßnahmen zur

planmäßigen Bekämpfung von Seuchen und seuchenartigen Krankheiten. Aufgrund von Vereinbarungen können Kosten insbesondere für tierärztliche Verrichtungen, Impfstoffe, Vakzinebanken, die Erarbeitung von Bekämpfungsmaßnahmen und Hilfsmittel bei angeordneten oder planmäßigen freiwilligen Bekämpfungsmaßnahmen sowie für labordiagnostische Untersuchungen übernommen werden. Dies gilt nicht für Kosten, die gemäß Art. 7 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts (BayRS 7831-1-U) vom Staat zu tragen sind.

§ 18

Tiergesundheit

Die Anstalt übernimmt in dem vom Landesausschuss beschlossenen Umfang Kosten für planmäßige Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit von Tierbeständen.

§ 19

Ausschluss und Einschränkung von Leistungen

(1) Die Anstalt übernimmt keine Leistungen für Tierarten, für die keine Beiträge zu entrichten sind; sie zahlt jedoch in diesen Fällen Entschädigungen aus, soweit eine volle Ersatzleistung des Staates vorgesehen ist.

(2) Die in den §§ 68 bis 70 des Tierseuchengesetzes enthaltenen Entschädigungseinschränkungen sind bei den gesetzlich nicht vorgeschriebenen Leistungen der Anstalt entsprechend anzuwenden.

Abschnitt VI

Haushalts- und Rechnungswesen

§ 20

Wirtschafts- und Finanzplan

(1) Die Geschäftsführung stellt für jedes Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan mit Finanzplan (Haushaltsplan) auf, der alle im Geschäftsjahr zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben enthält und auszugleichen ist. Der Wirtschaftsplan ist nach Konten und der Finanzplan nach Tierarten zu gliedern.

(2) Die Ausgaben sind nach Rindern, Pferden, Schweinen, Schafen, Hühnern und Truthühnern getrennt nach Leistungsarten (§§ 15 bis 18) auszuweisen.

(3) Mit der Feststellung des Haushaltsplans ist die Höhe der Beiträge für das neue Geschäftsjahr festzusetzen; die Beiträge sind so zu bemessen, dass angemessene Rücklagen gebildet werden können.

(4) Die Rücklagen sollen mindestens je Rind 6,50 €, je Pferd 10,00 €, je Schwein 1,50 €, je Schaf 3,00 €, je Huhn 0,12 € und je Truthuhn 0,50 € betragen; sie dürfen nur für Entschädigungen und unmittelbare Seuchenbekämpfungsmaßnahmen verwendet werden.

(5) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 21

Rechnungslegung

(1) Die Geschäftsführung erstellt nach jedem Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung.

(2) Der Geschäftsbericht kann einer Person aus dem Kreis der mit Genehmigung des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit bestellten Wirtschaftsprüfer zur Prüfung vorgelegt werden.

(3) Dem Landesausschuss obliegt die Entlastung der Geschäftsführung.

§ 22

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1996 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Bayerischen Tierseuchenkasse vom 14. Juni 1995 (StAnz Nr. 25), geändert am 12. Oktober 1995 (StAnz Nr. 42), außer Kraft.